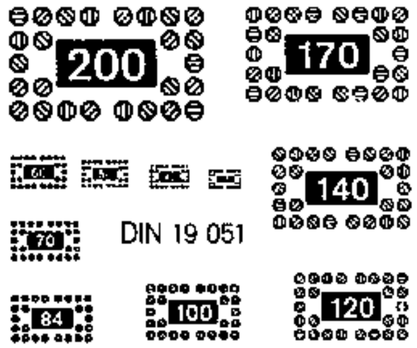

AKTIONS-PROGRAMM

DER

SPD

Mit einem Vorwort von Dr. Kurt Schumacher

A 96 - 07180

Aktions-Programm

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen auf dem Dortmunder
Parteitag am 28. September 1952

Mit einem Vorwort von Dr. Kurt Schumacher

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

A 96 - 07180

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	5
Außenpolitik	11
Sicherung des Friedens in Freiheit	11
Menschlichkeit für Kriegsgefangene und Verschleppte	13
Berlin wieder Hauptstadt	14
Innenpolitik	15
Die freiheitliche Republik	15
Freie Gemeinden im freien Volksstaat	15
Öffentlicher Dienst ist Dienst am Volk	16
Die Ehrenschuld des deutschen Volkes	17
Demokratie auch in der Wirtschaft	17
Wirtschaftspolitik	19
Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung	19
Planung und Wettbewerb	20
Privateigentum und Gemeineigentum	21
Einkommensverteilung	22
Das Handwerk in der Wirtschaft	22
Landwirtschaft und Ernährung	23
Gesunde Wohnungen für alle	24
Finanz- und Steuerpolitik	26
Reform der Steuerpolitik und Finanzverwaltung	26
Sozialgerechte Lohn- und Einkommensteuer	26
Sozial gestaffelte Umsatzsteuer	27
Sozialpolitik	29
Soziale Sicherung	29
Individualfürsorge	30
Arbeitsschutz	30
Arbeitsrecht	31
Kriegsopferversorgung	31
Gesundheitspolitik	31

Seite

Vertriebenenpolitik 32
Recht auf Heimat, Recht auf Hilfe 32
Lastenausgleich 33

Kulturpolitik 34
Freiheit, Toleranz und soziale Verantwortung 34
Frau und Familie 36
Das Recht der Jugend 37

Vorwort

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist nach 1945 von der Idee ausgegangen, ein Deutschland zu schaffen, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. Dazu war nach ihrer Meinung notwendig, die Zusammenarbeit mit den anderen freiheitlichen Faktoren in der Welt anzustreben, unter keinen Umständen aber die Deutschen in die Position der Unterworfenen sinken zu lassen.

In der deutschen Sozialdemokratie lebte die Erkenntnis Léon Blums: „Es gibt kein freies Proletariat in einem geknechteten Volk. Es gibt keine freien Menschen, wenn nicht alle Menschen frei sind, und es gibt kein freies Vaterland, wenn nicht alle Vaterländer frei sind."

Die Demokratie wird von der Sozialdemokratie als eine politische, menschliche und nationale Chance für die Deutschen und für die Erhaltung des Friedens in der Welt betrachtet.

Wenn man heute in Deutschland so tut, als ob alles, was seit 1945 geschehen ist, das Ergebnis der Tätigkeit der Bundesregierung sei, dann muß hier festgestellt werden: In den Jahren von 1945 bis 1949 hat es noch keine Bundesregierung gegeben, und damals sind die entscheidenden Stellungnahmen der Deutschen erfolgt. Fast immer war es die Sozialdemokratie allein, die hier eindeutig Stellung genommen hat.

Die Sozialdemokratie erklärte bereits 1945, daß sie die Oder-Neiße-Linie nicht als Grenze anerkenne.

Bei der Abwehr des Bemühens der sowjetischen Besatzungsmacht, die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu erzwingen, hat die Sozialdemokratie diesen Abwehrkampf allein geführt, ohne daß ihr von irgendeiner Seite dabei Hilfe zuteil geworden wäre.

Die Sozialdemokratie war sich stets darüber klar, daß ihre Abwehr des östlichen Totalitarismus und die geistige Gewinnung der Deutschen für die Sache der Demokratie nur dann möglich und von dauerndem Erfolg sein würde, wenn sie diese Abwehr aus einem demokratischen und nationalen Selbstbewußtseins heraus führt. Die Politik der deutschen Demokratie darf nicht eine Funktion der westlichen Besatzungsmächte sein.

Die Probe auf das Exempel war die Schaffung des Grundgesetzes 1949. Wenn es nach dem Erkenntnisvermögen und der Haltung der

Parteien gegangen wäre, die heute die Bundesregierung bilden, vor allem der CDU/CSU und der DP, dann wäre ein neuer Rheinbund entstanden, wie ihn mindestens zwei der drei westlichen Alliierten gewollt haben. Nur durch die Sozialdemokratie ist ein Grundgesetz zustande gekommen, das diese Bundesregierung überhaupt erst funktionsfähig gemacht hat.

Die Sozialdemokratie hält es für ihre oberste Aufgabe, nicht einen Staat der Restaurierung früherer Verhältnisse, sondern ein neues Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt zu schaffen, in dem die Menschen über ihr eigenes Schicksal auf allen Gebieten auch tatsächlich mitzubestimmen haben. Die Politik der Bundesregierung geht dahin, die Mitwirkung des Volkes nach Möglichkeit auszuschalten. Die Politik der Sozialdemokratie will die Aktivierung der Menschen bei der Gestaltung ihres Schicksals. Die Bundesregierung versucht, die parlamentarische Demokratie in der Praxis auszuschalten und den autoritären Verwaltungsstaat zu etablieren. Heute ist bereits das Etatrecht des Parlaments bedroht.

Nur ein Deutschland, getragen von einem staatsbürgerlichen Bewußtsein und sozialer Gerechtigkeit, kann erfolgreich in der Abwehr totalitärer Tendenzen sein. Die Stärke der Freiheit ist nicht nur in Divisionen zu sehen.

Die freie Entschlußfähigkeit der Deutschen, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden, und der Wille zur internationalen Zusammenarbeit auf dem Boden tatsächlicher Gleichberechtigung sind für die sozialdemokratische Politik bestimmend. Hier lassen sich Innen- und Außenpolitik nicht trennen.

Es ist eine verantwortungslose Propagandaparole, heute zu behaupten, daß die Sozialdemokratie in der Regierung dieselbe Politik machen würde wie die jetzige Bundesregierung. Die Sozialdemokratie geht von ganz anderen Voraussetzungen aus und strebt auf anderen Wegen auch anderen Zielen zu. Für uns ist die deutsche Einheit kein Fernziel, sondern das Nahziel.

Die ganze Konzeption der Sozialdemokratie geht davon aus, daß die Zukunft des deutschen Volkes auf seiner Leistungskraft beruht. Zweimal in einer Generation hat der deutsche Arbeiter die Trümmerberge wegräumen müssen, die eine wahnwitzige Machtpolitik hinterließ. Die Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler mußten immer wieder mit vorbildlicher Leistung das Ansehen des deutschen Volkes zurückerobern, das durch nationalistischen Größenwahn verspielt worden war.

Die deutsche Jugend darf nicht das Gefühl bekommen, daß die Demokratie verknüpft sein soll mit nationalem Niedergang.

Darum sind wir aus nationalen Notwendigkeiten die Feinde des Klassenkampfes von oben, der heute in Deutschland alle Ansätze zu einer wirklichen Gemeinschaftsbildung zerstört. Die heute allgewaltige Macht des Großbesitzes und seiner Anhänger muß gebrochen werden, um die Bahn freizubekommen für eine Entwicklung der freien Menschen und Staatsbürger und der Freiheit der Nation.

Als das große nationale Ziel der Gegenwart sieht die Sozialdemokratie die deutsche Einheit in Freiheit und Frieden an. Sie wird jeden Versuch abwehren, die Verschmelzung von Teilen Deutschlands mit anderen Völkern dieser deutschen Einheit vorzuziehen. Wir wollen die Gemeinschaft. Jede Gemeinschaft beginnt für uns aber mit der Gemeinschaft mit der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und des Saargebietes.

Alles, was bisher in den einzelnen Teilen Deutschlands geschehen ist, hat nur provisorischen Charakter. Die Provisorien können nichts Definitives für das ganze deutsche Volk schaffen. Nur das vereinigte deutsche Volk ist dazu berechtigt, die endgültigen Formen seiner Politik und seiner Wirtschaft mit dem Blick nach vorn zu bestimmen und zu gestalten.

Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone als Sozialisierung zu betrachten. Sie lehnt aber mit der gleichen Entschiedenheit eine Politik der Reprivatisierung und der Restauration früherer Verhältnisse ab.

Wir haben der Bundesregierung verschiedene Male mit ganz konkreten Vorschlägen eine gemeinsame Außenpolitik angeboten. Unsere Vorschläge sind von der Bundesregierung und ihren Parteien stets mit größerer Eile als von den Alliierten selbst abgelehnt worden, und zwar immer dann, wenn es um die tatsächliche nationale Gleichheit bei internationalen Verträgen ging. Diese Verweigerung der notwendigen nationalen Gemeinschaft in der Außenpolitik durch die Bundesregierung und ihre Parteien erfolgte aus klassenegoistischen Motiven.

Ein Staat des demokratischen Sozialismus ist darum die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit mit anderen Völkern.

Die Sozialdemokratische Partei sieht ihre Aufgaben darin, die Partei der deutschen Patrioten und internationalen Sozialisten zu sein. Internationalität ist die Zusammenarbeit tatsächlich gleichberechtigter und gleichwertiger Völker. Die Sozialdemokratie bekennt sich wie immer, so auch heute zu dieser Internationalität. Sie lehnt deshalb die nationale Selbstaufgabe ab, die jetzt den Deutschen auch von den Deutschen zugemutet wird. Die Sozialdemokratie

weigert sich, die arbeitenden Menschen die Schuld büßen zu lassen, die der Großbesitz vor und nach 1933 auf sich geladen hat.

Es kommt darauf an, dem deutschen Volk ein neues nationales Selbstbewußtsein zu geben, gleich fern von dem frevelhaften Übermut der Vergangenheit und der heute weitverbreiteten Neigung, in jedem alliierten Wunsch eine Offenbarung europäischer Gesinnung zu sehen. Nur ein Volk, das sich selbst behauptet, kann ein wertvolles Glied einer größeren Gemeinschaft sein.

Bonn, am 28. Juli 1952. Kurt Schumacher

Lebendige Demokratie und echtes Staatsgefühl verlangen die ständige Teilnahme der Bürger an den Dingen des Staates. Diese Teilnahme setzt voraus, daß das gewählte Parlament die grundlegenden Entscheidungen der Regierung mitzubestimmen vermag.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird im Parlament nicht nur den Gesetzgeber, sondern ihren ständigen Berater und Kritiker sehen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird die Voraussetzungen für eine Gesellschaftsordnung schaffen, die es den Menschen gestattet, von bloßen Objekten wirtschaftlicher Zwangsläufigkeiten zu Gestaltern ihrer Lebensordnung zu werden.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird sich nach innen und außen so verhalten, daß ihr Tun vom deutschen Volke ohne Verzicht auf Selbstachtung bejaht werden kann.

Außenpolitik

Sicherung des Friedens in Freiheit

Oberstes Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik ist die Sicherung des Friedens. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich ein für eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker und für den fortschreitenden Abbau der nationalstaatlichen Souveränität. Souveränitätsbeschränkungen, die praktisch nur zu Lasten Deutschlands gehen, lehnt sie ab.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft die Pläne einer konservativ-kapitalistischen Föderation Kleinst-Europas, der sechs Schumanplan-Länder, da sie eine demokratische Einigung und Entwicklung Europas hindern. Europa darf nicht auch im Westen gespalten werden. Die deutsche Sozialdemokratie wird darum jede Initiative ergreifen und unterstützen, die geeignet ist, Großbritannien und Skandinavien die jeweils engste Verbindung mit den kontinentalen Nationen zu ermöglichen. Sie setzt sich für eine gesamteuropäische Politik der Vollbeschäftigung, der Hebung des Lebensstandards und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit ein.

Die vordringlichste Aufgabe bei der Neugestaltung Europas ist die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie kann nur durch freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin verwirklicht werden. Die Sozialdemokratie wird sich darum unablässig um die Schaffung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen bemühen. Allein aus ihnen kann eine freie gesamtdeutsche Regierung hervorgehen, die gleichberechtigter Partner bei den Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag sein muß.

Die einseitige Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, hat nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die Sozialdemokratie erkennt sie nicht an.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird nicht nur in der Methode, sondern in der Sache selbst einen von der Außenpolitik der jetzigen Bundesregierung verschiedenen Weg einschlagen.

Durch ihr Vertragssystem hat die Bundesregierung das Saargebiet in Gefahr gebracht und damit auch den Anspruch auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße geschwächt. Sie hat ohne ernsthaften Widerstand die Verweigerung der Gleichberechtigung für die Bundesrepublik hingenommen und die dadurch geschaffene Zweitrangigkeit Deutschlands zum Inhalt von Verträgen

gemacht, die das deutsche Volk für 50 Jahre binden sollen. Durch die Unterzeichnung des Generalvertrages und des Abkommens über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" hat sie die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unerträglich erschwert und die Bundesrepublik in ein einseitiges Leistungsverhältnis zum Atlantik-Pakt gebracht, wobei die Grundlagen für ihre Sicherheit nicht gewährleistet sind.

Die Sozialdemokratische Partei lehnt daher dieses Vertragssystem ab und kämpft gegen seine Ratifizierung. Sie wird für die radikale Revision der abgeschlossenen Verträge durch neue Verhandlungen auf neuer Grundlage kämpfen. Sie strebt ein wirksames System kollektiver Sicherheit an, an dem Deutschland gleichberechtigt und ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird jede Initiative zu internationalen Vereinbarungen ergreifen und unterstützen, durch welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung gefördert werden kann. Das vorläufige Ziel ist hierbei der Abbau von Zöllen und wirtschaftlichen Handelsschranken und der Wiederaufbau eines internationalen Währungssystems.

Die Sozialdemokratische Partei kennt die tödlichen Gefahren der sowjetischen Politik für ganz Europa. Das Instrument dieser Politik ist heute der Kalte Krieg. Diesen Kalten Krieg muß die freie Welt gewinnen, weil nur so eine neue Weltkatastrophe verhindert werden kann. Die vorgesehene deutsche Aufrüstung fördert dieses Ziel nicht; sie gefährdet es, weil sie den wirksamsten Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Kalten Krieg, nämlich die Festigung der demokratischen Widerstandskraft durch eine Politik sozialer Gerechtigkeit, unmöglich zu machen droht.

Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zu den freiheitlichen Auffassungen der demokratischen Völker. Es gibt für sie weder im ganzen noch im einzelnen ein Zusammengehen mit den Hilfstruppen des östlichen Totalitarismus. Mit aller Schärfe bekämpft sie Bemühungen, faschistische Kräfte in die Freiheitsfront einzubeziehen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird normale Beziehungen zu allen Staaten unterhalten.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Solidarität aller Nationen. Darum wird sie sich um freundschaftliche Beziehungen des deutschen Volkes zu allen Kräften bemühen, die die demokratische Freiheit zu verteidigen bereit sind.

Die Sozialdemokratische Partei wird alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, unterentwickelten Ländern zur Selbstbestimmung und sozialem Aufstieg zu verhelfen.

Diese Politik wird Deutschland und Europa Wohlfahrt und Frieden bringen.

Menschlichkeit für Kriegsgefangene und Verschleppte

Den Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen muß im Geiste der Menschlichkeit geholfen werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Heimführung des letzten Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Aufklärung des Schicksals aller Vermißten und Verschollenen. Sie unterstützt die Bemühungen um eine großzügige Amnestie und um Gnadenerweise für die verurteilten kriegsgefangenen Deutschen. Die menschenwürdige Lösung des Problems der Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Förderung der auf diesem Gebiet wirkenden humanitären Organisationen betrachtet die Sozialdemokratische Partei als eine politische Aufgabe der Bundesrepublik.

Soldaten des zweiten Weltkrieges dürfen nicht länger als Geiseln oder Faustpfand gefangengehalten werden, um für die Fehler von Politik und Diplomatie zu büßen. Die Nachwirkungen von Kollektivschuldbegriffen müssen im Interesse der Menschlichkeit wiedergutgemacht werden. Alle von Militärgerichten gefällten Urteile sind unter maßgebender Teilnahme neutraler, völkerrechtlich erfahrener und anerkannter Persönlichkeiten zu überprüfen. Sühnen sollen nur die Gefangenen und Internierten, die sich gegen zur Zeit der Tat geltende Gesetze vergangen haben.

Die von den Kriegsgefangenen verschleppten und internierten Zivilpersonen nach Abschluß der Kriegshandlungen in der Gefangenschaft vollbrachten Arbeitsleistungen sind als Teil der deutschen Reparationsleistungen anzuerkennen. Die Sozialdemokratische Partei unterstützt die Forderung der Heimkehrer auf Zahlung einer angemessenen Entschädigung und sieht darin eine der Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz der Heimkehrer und zu ihrer Eingliederung. Die Zusammenführung befreiter Kriegsgefangener, verschleppter und internierter Zivilpersonen mit ihren Familien ist mit allen Mitteln zu fördern.

Berlin wieder Hauptstadt

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gilt Berlin heute wie gestern als Hauptstadt Deutschlands. Bis zur Wiedervereinigung bleibt Berlin der Vorposten der Demokratie.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird Berlin in jeder Hinsicht als Bundesland behandeln. Solange Berlin infolge des Einspruchs der Alliierten noch nicht voll in die Bundesrepublik eingegliedert ist, tritt die Sozialdemokratische Partei dafür ein, daß das Bundesrecht in Berlin ebenso gelten muß wie in jedem anderen Land. Soweit durch die Angleichung an das Finanz- und Rechtssystem des Bundes ein Abbau sozialer Errungenschaften und fortschrittlicher Regelungen in Berlin erfolgt, wird ein Ausgleich durch die von der Sozialdemokratischen Partei erstrebte Neugestaltung der Bundespolitik geschaffen werden.

Die Berliner Abgeordneten zum Bundestag müssen direkt gewählt werden und volles Stimmrecht erhalten.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird dafür sorgen, daß Berlin seinen Menschen Arbeit und soziale Sicherung zu geben vermag. Sie wird die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten ausnutzen, die Berliner Wirtschaft ausbauen und den sozialen Wohnungsbau fördern.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird Berlin bei der Auftragserteilung des Bundes, der Länder und Gemeinden maßgebend berücksichtigen. Sie wird dafür sorgen, daß die Wirtschaft ihrer Pflicht gegenüber Berlin nachkommt. Am Außenhandel und am Interzonenhandel soll Berlin stärkstens beteiligt werden.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird im stärkeren Umfange als bisher Bundesbehörden nach Berlin verlegen. Ihre Sorge wird auch der Bevölkerung des Berliner Ostsektors gelten. Auf kulturellem Gebiet wird sie alles fördern, was den geistigen Zusammenhalt mit der Bevölkerung der Sowjetzone erhält. Sie wird sich weiter energisch um die Freilassung der politischen Gefangenen und Verschleppten in der Sowjetzone bemühen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird dem Flüchtlingsproblem in Berlin besondere Aufmerksamkeit widmen.

Bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit wird eine sozialdemokratische Bundesregierung für eine Stärkung der politischen und staatsrechtlichen Stellung Berlins bei außenpolitischen Verhandlungen sorgen.

Innenpolitik

Die freiheitliche Republik

Die Ideen der Menschenwürde, der Freiheit und Gerechtigkeit, der religiösen und politischen Toleranz und die Verpflichtung des einzelnen gegenüber der staatlichen Lebensgemeinschaft sind die Grundlagen jeder demokratischen Verfassung. Die Politik der Sozialdemokratie bürgt dafür, daß im öffentlichen Leben Freiheit der Meinung, Freiheit der Rede und Freiheit der politischen Betätigung herrschen werden. Es wird jedoch keine Freiheit geben, die Freiheit zu vernichten.

Die deutsche Republik muß ein Bundesstaat mit einheitlicher Regierungsgewalt sein.

Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wird die Aktionsfähigkeit der provisorischen Bundesrepublik gestärkt und erweitert werden.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird die Verwaltung demokratisieren und einfach, klar und übersichtlich aufbauen. Soziale Errungenschaften dürfen durch eine Verwaltungsreform nicht angetastet werden.

Freie Gemeinden im freien Volksstaat

Das Fundament jedes freiheitlichen demokratischen Staates sind freie Gemeinden, die in eigener Verantwortung der Wohlfahrt ihrer Bürger dienen. Ziel sozialdemokratischer Politik ist deshalb die verfassungsrechtliche Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte der deutschen Selbstverwaltung und die Wiederherstellung ihrer sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und finanziellen Aktionsfähigkeit.

Zu diesem Zweck wird eine sozialdemokratische Regierung

die im Grundgesetz gegebene Garantie der Selbstverwaltung in der Weise erweitern, daß sie die Gemeinden und Gemeindeverbände als dritte Säule im Staatsaufbau anerkennt;

die Zersplitterung des Kommunalverfassungsrechtes beseitigen und zu diesem Zweck die Zuständigkeit des Bundes zum mindesten für die Rahmengesetzgebung begründen;

die Gemeindedemokratie durch fortschrittliche, kollegiale Gemeindeverfassungen mit der Gemeindevertretung als oberster Beschlußinstanz, durch Stärkung der ehrenamtlichen Kräfte

in der Gemeindeverwaltung und durch Heranziehung der Bürger zur Mitarbeit ausbauen;

die Auftragsangelegenheiten weitgehend den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur eigenverantwortlichen Erledigung übertragen;

die Aufgaben der Sonderbehörden auf die kommunale Selbstverwaltung übertragen oder weitgehend beschränken;

die Staatsaufsicht auf die Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte beschränken;

den Rechtsschutz der Gemeinden durch Verfassungsgerichte sicherstellen;

im Rahmen eines verfassungsrechtlich zu sichernden sozialen Finanzausgleichs die Gemeinden neben Bund und Ländern als dritten Partner des Finanzausgleichs zulassen, und zwar dadurch, daß die gemeindliche Finanzausgleichsmasse im Wege der verbundenen Steuerwirtschaft durch Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer aufgebracht wird;

in den Finanzausgleich den Anspruch der Gemeinden auf ausreichende Zuweisung langfristiger Kredite einbeziehen;

die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Verteilung der Kreditmittel angemessen beteiligen und ihre Vertretung im wirtschafts- und finanzpolitisch bedeutsamen Körperschaften sicherstellen;

die Kommunalbanken auf ihre eigentliche Funktion der Finanzierung kommunaler Aufgaben und des gewerblichen Mittelstandes in der Gemeinde zurückführen;

die kommunale Wirtschaft (Versorgungs- und Verkehrsbetriebe) durch wirtschaftlichen und technischen Ausbau stärken und jeden Versuch der Reprivatisierung abwehren.

Von ihrer eigentlichen Aufgabe, die Wohlfahrt aller Bürger zu sichern, sind die Gemeinden durch die ungeheuren Zerstörungen des letzten Krieges, durch den riesigen aufgestauten Nachholbedarf und durch die finanzielle Benachteiligung im Finanzausgleich und bei der Verteilung der Steuermasse mehr und mehr abgedrängt worden. Eine sozialdemokratische Regierung wird dafür sorgen, daß die Leistungs- und Aktionsfreiheit der Gemeinden beschleunigt wiederhergestellt wird

Öffentlicher Dienst ist Dienst am Volk

Die Demokratisierung der Verwaltung erfordert, daß alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf soziale Herkunft, Bekenntnis, Geschlecht und Rasse gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten haben.

Die Einstellung von Bewerbern aus dem freien Erwerbsleben wird gefördert werden. Die von den Nationalsozialisten Gemaßregelten werden bevorzugt wieder eingestellt.

Der Beamte ist Diener des Volkes. Nur wer sich zur demokratischen Grundordnung, zu der im Grundgesetz verankerten parlamentarischen Demokratie bekennt, und wer zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten bereit ist, wird im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Dies gilt insbesondere für die Träger der Rechtsprechung und der staatlichen Exekutive wie Polizei und Grenzschutz.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich vor alle stellen, die dem demokratischen Staat aufrichtig und vorbehaltlos dienen. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes dürfen sich politisch betätigen und gewerkschaftlich organisieren. Sie erhalten das Mitbestimmungsrecht mit den Abweichungen, die sich aus dem Wesen des öffentlichen Dienstes und den Rechten des Parlamentes ergeben.

Grundlage für die Einstellung, Beförderung und Besoldung ist die Leistung. Bei der Besoldung wird die soziale Lage berücksichtigt werden.

Die Ehrenschuld des deutschen Volkes

Die Wiedergutmachung des vom Nationalsozialismus begangenen Unrechts ist eine Ehrenschuld des deutschen Volkes und eine der grundlegenden Voraussetzungen jeder demokratischen Erneuerung. Sie wird beweisen, daß das deutsche Volk die in seinem Namen begangenen Verbrechen verurteilt.

Ein Bundeswiedergutmachungsgesetz wird die Zersplitterung des Wiedergutmachungsrechtes beseitigen. Ausreichende Mittel werden bereitgestellt werden, um alsbald die in den Gesetzen vorgesehene und jahrelang verzögerte Entschädigung und Hilfe zu leisten.

Unbillige Härten, die sich aus den Wiedergutmachungsmaßnahmen der Alliierten ergeben haben, hat der Staat auszugleichen.

Demokratie auch in der Wirtschaft

Im demokratischen Staat gibt es für jeden Bürger gleiche politische Rechte und Pflichten. In der gegenwärtigen Wirtschaft aber üben die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten

eine kaum kontrollierte Alleinherrschaft aus. Eine demokratische Wirtschaftsordnung verlangt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in sozialen, personellen, vor allem aber wirtschaftlichen Fragen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen, die völlige Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit durchzusetzen und die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erreichen. Sie bejaht die Einheitsgewerkschaft, die ohne Rücksicht auf parteipolitische und religiöse Auffassungen alle Arbeitnehmer vereinigt.

Notwendige Voraussetzungen zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes sind:

In allen Aufsichtsorganen von Unternehmungen sind die Arbeitnehmer paritätisch vertreten. Sie müssen das Recht haben, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch solche Männer und Frauen in die Aufsichtsorgane zu entsenden, die nicht Betriebsangehörige sind.

Das Recht auf Mitbestimmung kann nicht ersetzt werden durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn der Unternehmen.

Betriebe werden nicht schon dadurch demokratisiert, daß sie in Gemeineigentum übergehen. Entscheidend ist ihre Betriebsverfassung. Auch für alle Betriebe der öffentlichen Hand soll das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer unter Beachtung der Rechte der politischen Kontrollinstanzen gelten.

Die Mitbestimmung in den Betrieben muß durch überbetriebliche Mitbestimmung ergänzt werden. Die Arbeitnehmer müssen in den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern und Wirtschaftskammern vertreten sein.

Die Spitze der überbetrieblichen Mitbestimmung soll ein Bundeswirtschaftsrat bilden. Er soll die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat auf Anforderung beraten. Aus eigener Initiative kann er zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Stellung nehmen und Vorschläge unterbreiten. Das Recht der Gesetzgebung steht ausschließlich dem Parlament zu.

Nach 1945 haben einzelne Bundesländer, meist solche mit sozialdemokratischer Mehrheit, Gesetze erlassen, in denen die Mitbestimmung geregelt wurde. Die Sozialdemokratische Partei bekämpft die Verschlechterung dieser Gesetzgebung durch das vom Bundestag beschlossene Betriebsverfassungsgesetz. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird ein Gesetzeswerk erkämpfen, das den Neubau unserer Wirtschaft im demokratischen Sinne gewährleistet.

Wirtschaftspolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit. Darum ist der freiheitliche Sozialismus das Programm der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der geistigen Berufe und des Mittelstandes, der Bauern und aller Menschen überhaupt, die von dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit leben. Erst die Überwindung jeder Ausbeutung wird den Menschen in den vollen Besitz seiner Rechte und im echten Leistungswettbewerb zur Entfaltung seiner persönlichen Werte bringen.

Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebt:

Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards des Volkes durch Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung.

Neuordnung der Wirtschaft durch eine Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Wettbewerb.

Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum.

Gerechte Verteilung des Ertrages der Volkswirtschaft.

Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung

Die Eingliederung aller Arbeitswilligen in den Produktionsprozeß verlangt eine aktive Konjunkturpolitik, die alle Wirtschaftskräfte (Arbeitskräfte, Kapital, Rohstoffe) mobilisiert und sie besonders in den Wirtschaftsbereichen einsetzt, die hinter der volkswirtschaftlich notwendigen Entwicklung zurückgeblieben sind.

Zur Erreichung dieser Ziele wird eine sozialdemokratische Bundesregierung folgende Maßnahmen durchführen:

Ausbau der bisher vernachlässigten Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen, Energie) und Beseitigung anderer Engpässe in der Wirtschaft, z. B. im Schiffbau, Eisenbahn- und Straßenbau.

Ausweitung des Wohnungsbaues in den Zentren des Arbeitskräftebedarfs und Aufbau neuer lebensfähiger Industrie- und Gewerbebetriebe in den Zentren der Arbeitslosigkeit.

Bessere Verbindung der notleidenden Randgebiete mit den Zentren der industriellen Produktion durch planmäßige Verkehrspolitik.

Zusammenfassung der bisher zersplitterten Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunktprogramme in einem einheitlichen Investitionsprogramm im Rahmen des volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts (Nationalbudget).

Das Kapital für die notwendigen Investitionen kann durch eine Investitionsanleihe beschafft werden, soweit die zu fördernden Wirtschaftszweige es nicht selbst aufbringen können.

Planung und Wettbewerb

Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung und die zu ihrer Erzielung vorgesehenen Maßnahmen erfordern die Zusammenfassung der bisher zusammenhanglos arbeitenden obersten Instanzen der Wirtschaftspolitik (Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, Ministerium für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, Landwirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, Wohnungsbauministerium, Verkehrsministerium, Ministerium für die Angelegenheiten der Vertriebenen, das Zentralbanksystem und die Kreditanstalt für Wiederaufbau) in einem gemeinsamen Gremium. Aufgabe dieses Gremiums ist die alljährliche Aufstellung des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes (Nationalbudget) und die laufende Beobachtung seiner Verwirklichung; diese Arbeit bedient sich einer ausgebauten Wirtschaftsstatistik und Konjunkturforschung.

Aufgaben und Aufbau der Notenbank sind durch ein Bundesnotenbankgesetz zu regeln; darin ist die Bundesnotenbank in ihrer Geld-, Kredit- und Zinspolitik an die Grundlinien des volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts zu binden. Zur Wahrung ihrer währungspolitischen Aufgabe werden ihr Rechte zugestanden, die geeignet sind, Maßnahmen zu verhindern, die inflationistische Entwicklungen herbeiführen oder die Außenwährung gefährden könnten.

Zur Vermehrung der Kapitalbildung, insbesondere auch durch Kleinsparen, sind steuerliche Anreize, gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen zur Anregung des Zwecksparens und eine Kapitalbildung durch die öffentliche Hand erforderlich. Das bisherige ungesunde Maß der Selbstfinanzierung von Investitionen aus Gewinnen ist zugunsten der Investitionsfinanzierung über die gemeinnützigen, öffentlichen und privaten Kapitalsammelstellen einzuschränken.

Die Anlagepolitik der Kapitalsammelstellen ist den Erfordernissen des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes anzupassen (Kapitallenkung). Emissionen sind den Vorschriften eines verbesserten Kapitallenkungsgesetzes zu unterwerfen, das gleichfalls nach Maßgabe des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes angewandt wird. Die

Zinssätze für die im Investitionsprogramm vorgesehenen Investitionen sind erforderlichenfalls nach Wirtschaftszweigen zu differenzieren.

Eine solche zielbewußte Geld- und Kapitalmarktpolitik setzt neben einer gesunden Währung eine entsprechende Außenwirtschaftspolitik voraus. Zur ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen und zur Ergänzung der Ernährungsgrundlage unseres Volkes ist ein weiterer Ausbau des Außenhandels unter Abbau der Handelsschranken notwendig. Zur Wiedergewinnung der östlichen Absatzgebiete müssen besondere Anstrengungen gemacht werden. Die Außenwirtschaftspolitik wird von vornherein so eingestellt sein, daß sie eine echte europäische Wirtschaftsgemeinschaft fördert.

Die Sozialdemokratie lehnt die Zwangswirtschaft ab und bejaht die freie Konsumwahl. Sie wird den echten Leistungswettbewerb in allen dafür geeigneten Wirtschaftszweigen fördern. Dazu bedarf es nicht nur einer staatlichen Beaufsichtigung unvermeidlicher Monopole, sondern ebenso der gesetzlichen Sicherung des Wettbewerbes. Daneben ist es eine besondere Aufgabe der staatlichen Wettbewerbspolitik, alle Unternehmensformen zu fördern, die den Wettbewerb beleben. Dazu gehören die Genossenschaften, insbesondere die Konsumgenossenschaften als Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher.

Privateigentum und Gemeineigentum

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird das kleine und mittlere Privateigentum fördern.

Eine ständig wachsende Versorgung der Wirtschaft mit Roh- und Grundstoffen, insbesondere Kohle, Eisen, Stahl und Energie, ist die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung. Diese Versorgung ist nur gewährleistet durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum, die allein eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierungen sicherstellt.

Nur so wird auch verhindert werden, daß Wirtschaftszweige von dieser volkswirtschaftlichen Bedeutung privatkapitalistischen Interessen dienen und wieder zu politischen Zwecken mißbraucht werden.

Eine Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft um so mehr geboten, als durch Machtspruch der Alliierten eine zerstörerische Entflechtung durchgeführt, durch Beitritt Deutschlands zum Schumanplan die Benachteiligung der westdeutschen Kohle- und Eisenwirtschaft vertraglich festgelegt und damit Schäden angerichtet wurden, die durch eine Sozialisierung wenigstens zum Teil ausgeglichen werden können.

Einkommensverteilung

Die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebte Steigerung des Lebensstandards des ganzen Volkes erfordert nicht nur eine Vergrößerung des Sozialproduktes, sondern auch eine gerechtere Einkommensverteilung. Ihr dient in erster Linie eine soziale Steuerpolitik.

Sie wird ergänzt durch eine soziale Preispolitik, die mit Hilfe einer ständigen Preisbeobachtung jeden Preiswucher schärfstens bekämpft.

Eine reichliche Marktversorgung mit Konsumgütern, zu der auch die landwirtschaftliche Marktordnung beitragen soll, ist eines der Mittel gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen. Überhöhte Preise sind durch ausreichende Einfuhren zu korrigieren. Auch die Genossenschaften haben eine wichtige preisregulierende Aufgabe zu erfüllen.

Das Handwerk in der Wirtschaft

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Handwerks gerecht werden.

Folgende Maßnahmen werden diesem Ziel dienen:

Der gesetzlich gesicherte Befähigungsnachweis berechtigt zur Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes, zur Ausbildung von Lehrlingen und zur Führung des Meistertitels.

Die Selbstverwaltung des Handwerks, die öffentlich-rechtlichen Charakter hat, soll die wirtschaftlichen und sozialen Interessen und die Berufsausbildung aller im Handwerk tätigen Selbständigen und Unselbständigen wahrnehmen.

Arbeitsmarktforschung und Berufsberatung sollen den einzelnen Produktions- und Gewerbezweigen die notwendigen Arbeitskräfte zuführen.

Das Handwerk ist bei Auftragsvergebung der öffentlichen Hand nach seiner Bedeutung zu berücksichtigen.

Das bisher stark vernachlässigte handwerkliche Kreditsystem wird mit Hilfe der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute neu aufgebaut. Die persönliche Leistung und die Zuverlässigkeit des Handwerkers müssen die wichtigste Voraussetzung für den Personalkredit bilden.

Landwirtschaft und Ernährung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich ein für eine Agrarpolitik, die der Landwirtschaft hilft, ihre Leistungen zu erhöhen. Dadurch wird die Ernährung des Volkes verbessert, und es werden gesündere soziale Verhältnisse auf dem Lande geschaffen.

Bauern und Industriearbeiter sind eine große Interessengemeinschaft. Steigendes Realeinkommen der städtischen Bevölkerung sichert der bäuerlichen Bevölkerung die Absatzmöglichkeit für eine steigende Produktion. Steigende Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung wiederum sichert einen sich stetig erweiternden Markt für industrielle Erzeugnisse.

Sicherung der Preise und des Absatzes

Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Daraus ergeben sich folgende Einzelmaßnahmen:

Regelung der Preise für Getreide, Futtermittel, Zucker, Vieh und Fleisch, Öle und Fette durch staatliche Einfuhr- und Vorratsstellen.

Energische Schritte zur Beseitigung von volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Verarbeitungs- und Handelsspannen.

Sicherung des kürzesten Weges vom Erzeuger zum Verbraucher.

Engste Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften und den Verbrauchergenossenschaften.

Bodenpolitik

Die Sozialdemokratische Partei erkennt das Privateigentum an Grund und Boden für alle Menschen an, die mit ihrer und ihrer Familien Arbeitskraft einen entscheidenden Anteil an der zur vollen Entfaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebes notwendigen Arbeit leisten. Der Kampf der Sozialdemokratie gilt dem Herreneigentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum des Bauern.

Deshalb wird eine sozialdemokratische Bundesregierung

die in den Ländern erlassenen Bodenreformgesetze durch ein Bundesgesetz vereinheitlichen,

die Bodenreform beschleunigt durchführen und baldigst abschließen,

die Nutzflächen und Betriebe, die von privaten Bodenbesitzern seit mehr als 30 Jahren verpachtet sind, in der Regel in das Eigentum der sie bearbeitenden Pächter überführen, wobei Härten zu vermeiden sind,

den Bau von Landarbeiterheimstätten fördern, die sich in Eigenbesitz oder in Gemeindeeigentum befinden.

Hebung der landwirtschaftlichen Leistung

Zur Hebung der landwirtschaftlichen Leistung ist nötig:

Eine durchgreifende Flurbereinigung nach modernen Verfahren, Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Melioration,

stärkere Mechanisierung und Technisierung der bäuerlichen Betriebe,

Förderung der landwirtschaftlichen Forschung,

eine Verbesserung des ländlichen Schulwesens,

eine ordentliche Landwirtschaftslehre mit Abschlußprüfung,

der Ausbau landwirtschaftlicher Berufs- und Fachschulen,

die Erhaltung und Förderung des Genossenschaftswesens.

Gesunde Wohnungen für alle

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat den sozialen Wohnungsbau in eine gefährliche Krise gebracht. Er hat an dem Konjunkturanstieg der gesamten Wirtschaft nicht teilgenommen. Im Gegensatz dazu wird die Wohnungspolitik wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik einer sozialdemokratischen Bundesregierung sein.

Dabei ist die Sicherung fortlaufender und ausreichender Finanzierung das entscheidende Problem. Erst bei gesicherter Finanzierung kann das vom Bundestag beschlossene Wohnungsbaugesetz ausgeführt werden.

Daher sollen dem sozialen Wohnungsbau neben Haushaltmitteln durch die allgemeine Kapitallenkung ständige und gleichmäßige Finanzierungsquellen erschlossen und damit eine langfristige Bauplanung ermöglicht werden. Öffentliche Mittel, die einmal dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurden, sollen diesem Zweck erhalten bleiben.

Für den Wohnungsbau sind einheitliche Richtlinien für Bund, Länder und Gemeinden festzulegen. Hiermit soll unter anderem erreicht werden, daß nach Größe und Ausstattung für die Dauer ausreichende Wohnungen für die Normalfamilien geschaffen und entsprechend dem Bedarf Kleinsiedlungen, sozial gebundene Eigenheime sowie Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen bevorzugt gefördert werden. Die Kapazität von Baustoffindustrie und Bauwirtschaft wird im Rahmen des allgemeinen Investitionsprogramms erweitert werden; dabei wird die allgemeine Wirtschaftspolitik auch eine volkswirtschaftlich vertretbare Baupreisgestaltung gewährleisten.

Die Sozialdemokratische Partei lehnt eine schematische Regelung der Mietpreise ab. Sie setzt sich für eine Neugestaltung der Mieten im ganzen und bei den einzelnen Wohnungsgruppen ein. Bei der Mietangleichung für Althaus-, Zwischenkriegs- und Neuhausbesitz soll ein Teil des höheren Mietaufkommens der Wohnungsinstandsetzung und dem Wohnungsneubau dienen. Um den Lebensstandard der breiten Massen nicht zu gefährden, darf die Mietangleichung nur bei Erhaltung des Reallohnes vorgenommen werden; sie ist für die Renten- und Unterstützungsempfänger durch Mietzuschüsse sozial erträglich zu gestalten.

Finanz- und Steuerpolitik

Die Sicherung der finanziellen Verhältnisse, insbesondere der öffentlichen Haushalte, und eine geordnete öffentliche Einnahmen- und Ausgabenverwaltung verlangen ein gesundes Steuersystem, das die Lasten angemessen und gerecht verteilt. Unter Beachtung dieser Haushalts- und Währungsstabilität muß die Steuerpolitik zugleich den Zielsetzungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprechen. Auch mit dem Mittel der Steuer- und Haushaltspolitik hat der Staat konjunkturelle Schwankungen in der Wirtschaft auszugleichen und den Markt im Sinne einer sozialen Wirtschaftspolitik zu beeinflussen.

Der Grundsatz einer gerechten und sozialen Steuerpolitik, die Steuerlasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verteilen, verlangt, das Schwergewicht der steuerlichen Belastung auf die direkten, sozial gestaffelten Steuern zu legen und nicht wie bisher in erster Linie auf die unsozial wirkenden indirekten Steuern.

Reform der Steuerpolitik und Finanzverwaltung

Das jetzige Steuersystem, das aus dem Dritten Reich übernommen und durch die Steuerpolitik der Besatzungsmächte und der Bundesregierung fortgeführt wurde, muß endlich neu geordnet und dabei grundlegend geändert werden.

Voraussetzung für den Erfolg der Steuerreform ist eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung unter Beseitigung der zehn Länder-Finanz-Verwaltungen. Nur eine Bundesfinanzverwaltung kann die gleichmäßige und gerechte Erhebung der Steuern in allen Ländern der Bundesrepublik sichern und mit Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen Steuerunehrlichkeit und Steuerhinterziehung führen. In einer Bundesfinanzverwaltung läßt sich außerdem der Grundsatz der Sparsamkeit der Verwaltung leichter verwirklichen. Steuermehreingänge ohne Erhöhung der Steuersätze und Verwaltungsersparnis werden das Steueraufkommen um mehr als 1 Milliarde DM erhöhen.

Sozialgerechte Lohn- und Einkommensteuer

Lohn- und Einkommensteuer sind grundlegend neu zu regeln mit dem Ziel der Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, der gerechteren Erfassung und der weitgehenden Vereinfachung.

Dazu dienen unter anderem die folgenden Maßnahmen:

Die sozial gestaffelte Einkommensteuer wird zunächst als Normalsteuer mit gleichbleibendem Steuersatz die Einkommensbeträge bis zu einer bestimmten Höhe erfassen; erst die darüber hinaus gehenden Einkommensbeträge unterliegen dem steigenden Steuersatz.

Die Freibeträge werden fortschreitend erhöht bis etwa auf 1500 DM für jeden Steuerpflichtigen, 1000 DM für dessen Ehefrau und je 1000 DM für jedes Kind. Damit werden Millionen Steuerpflichtige steuerfrei. Tausende von Finanzbeamten können wesentlicheren Aufgaben der Finanzverwaltung zugeführt werden. Das System der Freibeträge ist der Entwicklung des Sozialplans anzupassen.

Neben den Erhöhungen der Freibeträge sollen folgende wichtige Begünstigungen bestehenbleiben:

Steuerliche Begünstigung des Sparens und der volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen, insbesondere des Wohnungsbaues;

steuerliche Begünstigung der Vorsorge für das Alter, insbesondere auch der Angehörigen der freien Berufe und des gesamten Mittelstandes;

steuerliche Begünstigung zusätzlicher Ausgaben für Berufsausbildung und für Nachwuchsförderung.

Die Zusammenveranlagung der arbeitenden Ehefrau mit dem Ehemann wird beseitigt.

Das Arbeitseinkommen wird gegenüber dem Einkommen aus Kapitalvermögen und anderem fundierten Vermögen geringer belastet.

Die steuerliche Ungleichheit zwischen veranlagten Personen und Lohnsteuerpflichtigen wird beseitigt; ebenso die steuerliche Ungleichheit zwischen Einzelfirmen, Personalgesellschaften und Kapitalgesellschaften, soweit der gewerbliche Betrieb durch die Einkommensteuer stärker belastet ist, als er es durch die Körperschaftsteuer wäre. Dabei ist der von der jetzigen Steuergesetzgebung begünstigten Flucht in die Geschäftsunkosten entgegenzuwirken.

Sozial gestaffelte Umsatzsteuer

Nach der Einkommensteuer bedarf die Umsatzsteuer grundlegender Neuordnung. An die Stelle der geltenden Umsatzsteuer, die jede Ware mehrfach belastet, wird eine Umsatzsteuer treten, die an nur einer Stelle des Warenweges vom Erzeuger zum Verbraucher

erhoben wird. Diese differenzierende Umsatzsteuer hat in ihrer Höhe zu unterscheiden zwischen lebensnotwendigen Wirtschaftsgütern und Wirtschaftsgütern des gehobenen Bedarfs. Steuerfreiheit der ersten Gruppe wird angestrebt. In einer solchen Umsatzsteuer können fast alle Verbrauchssteuern aufgehen; auch das trägt wesentlich zur Vereinfachung des Steuersystems bei.

Wenn so das Steuersystem vereinfacht und die Steuern sozial gestaffelt sind, wird die gleichmäßige und gerechte Erfassung der Steuern die wichtigste Aufgabe der neuen Bundesfinanzverwaltung sein. Für Steuerhinterziehung gibt es keine Entschuldigung; sie ist ein Vergehen am Volksganzen, weil jede hinterzogene Mark dem Staate die Möglichkeit mindert, seine umfassenden Pflichten zu erfüllen.

Sozialpolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zu einer Sozialpolitik entschlossen, die Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen sichert. Jeder Arbeitsfähige hat die sittliche Pflicht zur Arbeit und ein Recht auf Arbeit zur Sicherung einer ausreichenden Lebenshaltung.

Diese Politik erfordert das Zusammenwirken von Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für den Mehraufwand und den schrittweisen Aufbau der sozialen Sicherung stecken Reserven

in der Vergrößerung des Sozialprodukts durch Vollbeschäftigung,

in der Produktivitätssteigerung, insbesondere durch Verbesserung des Gesundheits- und Leistungsstandes,

in der Rationalisierung der Sozialleistungen durch den Sozialplan.

Sozialistische Sozialpolitik sichert die wachsende Beteiligung der schaffenden Menschen am Sozialprodukt.

Soziale Sicherung

Das Durcheinander der sozialen Einrichtungen und Leistungen in Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge ist unerträglich. Die Verwaltung arbeitet vielfach unrationell und daher teuer. Die meisten Renten sind unzureichend. Die Krankenhilfe entspricht nicht den medizinischen Möglichkeiten. Hunderttausende von Arbeitsfähigen müssen unverschuldet feiern. Durch Gesundheitssicherung, Vollbeschäftigung und Erhöhung des Sozialproduktes werden Millionensummen für die Verbesserung der Sozialleistungen verfügbar gemacht werden.

Zur Entwirrung und Verbesserung des Systems der sozialen Leistungen verwirklicht eine sozialdemokratische Bundesregierung daher einen allgemein verständlichen

Sozialplan

mit einer Gesundheitssicherung, die vorbeugende Gesundheitsfürsorge, ärztliche Hilfe, Krankenhaushilfe, Versorgung mit Medikamenten und Kuraufenthalt vorsieht;

mit ausreichenden Renten aus einer Hand bei Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeit, im Alter oder beim Tode des Ernährers;

mit Mutterschutz und staatlichen Kinderbeihilfen;

mit wirtschaftlicher Sicherung während der Gesamtdauer der Krankheit und während unverschuldeter Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit.

Auf alle diese Leistungen besteht ein Rechtsanspruch.

Örtliche, bezirkliche und zentrale Selbstverwaltungsorgane sollen eine ortsnahe Verwaltung sichern.

Diese soziale Sicherung muß allen des Schutzes Bedürftigen gewährt werden:

Lohn- und Gehaltsempfängern und Hausfrauen,

den schutzbedürftigen Handwerkern, Gewerbetreibenden, Bauern und Angehörigen freier Berufe.

Individualfürsorge

Die Fürsorge als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung wird durch die Zweige der sozialen Sicherung von allgemeinen Regelleistungen entlastet. Damit kann sie, unterstützt durch praktische Nächsten- und Selbsthilfe — auch freier Wohlfahrtsorganisationen —, ihrer eigentlichen Aufgabe erfolgreicher nachkommen, in individuellen Notfällen helfend einzugreifen. Auf ihre Leistungen besteht unter Verzicht auf Rückerstattung Rechtsanspruch.

Sie tritt neben die Leistungen der sozialen Sicherung dort, wo diese zur Bekämpfung und Beseitigung eines individuellen Notstandes nicht ausreichen können. Sie gewährt vorbeugende Hilfe als Pflichtleistung und ist verantwortlich für eine menschenwürdige Anstalts- und Heimfürsorge. Sie betreut die Familie als Ganzes und umfaßt ausreichende Maßnahmen der Jugendfürsorge und -pflege. Die Fürsorge soll die Kräfte der Betreuten zur Selbsthilfe stärken und mit diesen gemeinsam an der Überwindung des Notstandes arbeiten.

Arbeitsschutz

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird den Arbeitsschutz als öffentliches Mindestrecht insbesondere zur Sicherung der Gesundheit der Arbeitenden ausbauen.

Die Arbeitszeit ist bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich dort weiter herabzusetzen, wo Technik und Arbeitsmethoden dies möglich machen.

Arbeitsrecht

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für ein fortschrittliches Arbeitsrecht. Es soll in einem deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammengefaßt werden. Tarifverträge haben den Vorrang vor gesetzlichen Maßnahmen. Das von der Sozialdemokratischen Partei erkämpfte Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen muß vor allem die Landarbeiter, die Heimarbeiter und die Angestellten und Arbeiter in kleinen Büros und Werkstätten sowie in der Hauswirtschaft vor unzureichenden Löhnen und Gehältern schützen.

Kriegsopferversorgung

Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Verpflichtung des Staates, den Kriegsbeschädigten und ihren Angehörigen sowie den Hinterbliebenen der Toten zweier Weltkriege zu helfen.

Deshalb wird eine sozialdemokratische Bundesregierung

die Renten des jetzigen Bundesversorgungsgesetzes an die erhöhten Preise anpassen und dafür sorgen, daß die Grundrenten auf andere Sozial- und Rentenleistungen nicht angerechnet werden;

die Berufs- und Heilfürsorge verstärken;

für wirksame Hilfe bei der Schul- und Berufsausbildung der ehelichen und unehelichen Kinder der Kriegsopfer sorgen;

ein fortschrittliches Schwerbeschädigtengesetz mit einem ausreichenden Kündigungsschutz schaffen. Ziel aller Maßnahmen für die Schwerbeschädigten muß ihre Wiedereingliederung in das praktische Leben sein.

Gesundheitspolitik

Jeder hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit bis zu dem Höchstmaß, das nach modernen medizinischen Erkenntnissen erreicht werden kann.

Das kann nur durch Ausbau des vorbeugenden und heilenden Gesundheitswesens in einer umfassenden Gesundheitssicherung erreicht werden. Dabei ist die freie medizinische Entscheidung in freiberuflicher ärztlicher Praxis, auch zur Wahrung des erforderlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt bei freier Arztwahl, zu sichern und zu schützen.

Der Bedeutung der ärztlichen Tätigkeit hat die wirtschaftliche Sicherung auch des freiberuflichen Arztes während der Ausübung seines Berufes, im Falle seiner Invalidität und im Alter zu entsprechen.

Vertriebenenpolitik

Recht auf Heimat, Recht auf Hilfe

Heimatvertriebene, Kriegssachgeschädigte, Evakuierte und Sowjetzonenflüchtlinge haben einen Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse angetan worden ist. Sie bejaht ihr Heimatrecht im Osten und ihr Lebensrecht im Westen.

Die Sozialdemokratie vertritt das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur. Daher wird sie sich für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzen, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Vorkriegsgrenzen gelebt haben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Eingliederung der Heimatvertriebenen, Kriegssachgeschädigten, Evakuierten und Sowjetzonenflüchtlinge in ein gesundes deutsches Wirtschaftsgefüge.

Dazu wird eine sozialdemokratische Bundesregierung die innere Umsiedlung mit dem Ziel eines sozialen Gleichgewichtes und eines gesunden Bevölkerungsausgleiches durchführen. Sie wird das Schwergewicht auf eine kombinierte Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung legen. Durch Kreditlenkung wird eine gesunde Entwicklung der Flüchtlingsindustrien sichergestellt. Der Erhaltung des Facharbeiterstammes und der Exportkapazität verlagerter Betriebe wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Für die vertriebenen Bauern und Landarbeiter sind durch Beschleunigung der Bodenreform in ganz Westdeutschland und eine planvolle Ödlanderschließung in verstärktem Maße neue Voll- und Nebenerwerbssiedlungen zu schaffen.

Die Existenzgründung der Vertriebenen in Handwerk, Gewerbe und freien Berufen wird durch Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse, durch planmäßige Berücksichtigung bei der Umsiedlung und durch Kreditgewährung gefördert werden.

Gleiche Startbedingungen für die heimatvertriebene Jugend zu schaffen, ist eine besonders vordringliche Aufgabe. Die Kinder der Vertriebenen dürfen in ihrer Schul- und Berufsausbildung nicht benachteiligt werden.

Die Sozialdemokratische Partei wird mit allen Organisationen der Geschädigten, die sich der Vertretung der besonderen sozialen Interessen ihrer Mitglieder widmen, freundschaftlich zusammenarbeiten. Sie wird auch an der Pflege und Erhaltung der kulturellen Traditionen der Heimatvertriebenen mitwirken.

Lastenausgleich

Zum Recht auf die Hilfe der Gemeinschaft gehört der Lastenausgleich. Das vom Bundestag beschlossene Lastenausgleichsgesetz wird weder bei der Aufbringung noch bei der Verteilung den sozialen Notwendigkeiten gerecht. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird dieses Gesetz verbessern.

Bei der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes sind vordringlich Mittel zur Verfügung zu stellen

für die Hausratentschädigung,

für die Wiederbeschaffung von Wohnraum,

für die produktive Eingliederung.

Die Mittel für die Entschädigung sind durch eine zielbewußte Vorfinanzierung flüssig zu machen, da nur ein beschleunigter Lastenausgleich einen Wert für die Geschädigten hat.

Kulturpolitik

Freiheit, Toleranz und soziale Verantwortung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu den Grundsätzen der Toleranz und zur Achtung der Menschenwürde allen gegenüber, die Toleranz auch für sich als verpflichtend anerkennen. Diese Grundsätze sollen das Zusammenleben und die Auseinandersetzung zwischen den weltanschaulich und politisch getrennten Gruppen des deutschen Volkes leiten.

Es soll volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, volle Freiheit der Kunst, der Forschung und Lehre herrschen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wendet sich gegen jeden Mißbrauch kirchlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen zu parteipolitischen Zwecken.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht folgende kulturpolitische Aufgaben als vordringlich an:

Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre werden ideell und materiell großzügig gefördert werden. Die in Jahrtausenden geschaffenen Schätze der Wissenschaft und Kunst sollen allen Menschen zugänglich gemacht werden.

Die deutsche Jugend soll in den Schulen und Hochschulen ohne Unterschied der Konfession gemeinsam im Geiste der gegenseitigen Achtung zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung erzogen werden.

Der Religionsunterricht wird nach den im Grundgesetz festgelegten Bestimmungen erteilt. Darüber hinaus bleibt die konfessionelle Erziehung Angelegenheit der Eltern und Religionsgemeinschaften.

Das Schulwesen ist so zu gestalten, daß es alle Kinder in einem organisch gegliederten Schulsystem vereint und jedem Kinde, unabhängig von seiner sozialen Lage, eine Schulbildung ermöglicht, die seiner Veranlagung entspricht. Deshalb wird die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit allgemein eingeführt; ausreichende Erziehungsbeihilfen sind zu gewähren.

Die als Kriegsfolge entstandene Schulraumnot ist durch ein großzügiges Schulbauprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden schnellstens zu beseitigen. Es wird an Dringlichkeit dem sozialen Wohnungsbau gleichgesetzt.

Im Interesse des pädagogischen Fortschritts werden Versuchsschulen, Landerziehungsheime, Schullandheime und ähnliche Einrichtungen gefördert.

Die Mitbestimmung der Eltern in der Schulerziehung und ein Schülermitverwaltung sind an allen Schulen sinnvoll auszubauen.

Für die gegenwärtige Volksschule müssen besondere Anstrengungen gemacht werden. Der Lehrermangel muß durch Besserung der materiellen Lebensbedingungen der Volksschullehrer, insbesondere der Junglehrer, behoben werden. Die Klassen dürfen höchstens 35 Kinder umfassen. Das neunte Schuljahr wird allgemein eingeführt. Es ist anzustreben, daß für Schüler derselben Altersstufe Klassenstärke, Lehrerzahl und Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel dem Stand der gegenwärtigen Mittel- und Oberschule angeglichen werden.

Die berufsbildende Schule soll der Vertiefung des Fachwissens dienen und zur sozialen Verantwortung erziehen. Berufsschulgesetze werden die Einrichtung von öffentlichen Berufsschulen den Ländern, Kreisen und Gemeinden zur Pflicht machen. Die Schulzeit in den Berufsschulen soll wöchentlich mindestens zwölf Stunden betragen.

Die Lehrer aller Schularten sollen an Hochschulen in mindestens sechs Semestern ausgebildet werden. Ihre pädagogische Ausbildung ist gleichwertig zu gestalten. Die für die Lehrerfortbildung und den Lehreraustausch mit dem Ausland bestehenden Einrichtungen sind zu erweitern.

Eine umfassende Hochschulreform wird angestrebt. Die studierende Jugend soll an den Hochschulen nicht nur ihre Fachausbildung, sondern auch eine Allgemeinbildung erhalten, die es ihr ermöglicht, den Zusammenhang zwischen ihren fachlichen Aufgaben und dem sozialen Ganzen zu erkennen.

Die volle Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums ist anzustreben. Der wissenschaftliche Nachwuchs an allen Hochschulen ist finanziell zu sichern.

Es sind über die bestehenden Bildungswege hinaus weitere Möglichkeiten zu eröffnen, die jedem für das wissenschaftliche, künstlerische und technische Studium Befähigten ohne Rücksicht auf seine vorherige Schulbildung den Zugang zu den Hochschulen gestatten.

Die freie Erwachsenenbildung muß öffentlich anerkannt und finanziell unterstützt werden. Die Erziehung zur Demokratie ist die Hauptaufgabe der Volkshochschule. Ihre Arbeit ist gesetzlich zu fördern und zu sichern.

Schmutz und Schund in Literatur und Presse können durch Verbote nicht wirksam bekämpft werden. Eine gute Schule,

menschenwürdige Lebensbedingungen und der umfassende Aufbau und Ausbau des öffentlichen Büchereiwesens auf gesetzlicher Grundlage sind der beste Schutz gegen minderwertige Literatur.

Die Freiheit der Meinungsäußerung verlangt, daß die Presse legalen Zugang zu den notwendigen Informationen erhält. Für die Bekämpfung des Mißbrauchs der Pressefreiheit genügen die geltenden Strafgesetze.

Der Rundfunk muß eine öffentliche Einrichtung bleiben. Er darf nicht Propagandamittel einer einzigen Partei oder Weltanschauung, auch nicht der Regierung sein. Für eine demokratische Kontrolle seiner Unabhängigkeit und seiner Finanzpolitik ist zu sorgen.

Frau und Familie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist stets für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung und für die Gleichstellung der Frau auf allen Rechtsgebieten eingetreten. Sie setzt sich ein für eine Reform des Eherechtes. Sie erstrebt auch für die Frau das Recht auf einen Arbeitsplatz und Zugang zu allen Berufen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Keine Mutter vorschulpflichtiger und schulpflichtiger Kinder sollte aus wirtschaftlicher Not gezwungen sein, einem Erwerb nachzugehen.

Löhne und Gehälter sind nur durch die Art der Arbeit und nicht durch Geschlecht oder Alter des Arbeitnehmers zu bestimmen. Die sogenannten typischen Frauenarbeiten müssen neu und gerecht bewertet werden.

Frauen müssen in ihrem Arbeitsbereich dieselben Aufstiegsmöglichkeiten haben wie Männer und mehr als bisher für Mitarbeit in Verwaltung und Gesetzgebung, auch in leitenden Regierungsstellen, herangezogen und ausgebildet werden. Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Die Arbeitsschutzgesetzgebung muß der besonderen Lage der Frau und Mutter Rechnung tragen. Durch Ausbau der Gewerbeaufsicht, an der viel stärker als bisher Frauen mit Betriebserfahrung beteiligt sein müssen, soll die Anwendung dieser Gesetze wirksam kontrolliert werden.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt einen gesetzlichen Mutterschutz für alle berufstätigen Frauen, unter Einbeziehung der Beamtinnen und Selbständigen sowie gleichwertige Hilfe für alle nicht berufstätigen Frauen. Sie setzt sich für staatliche Kinder-

beihilfen und eine ausreichende Mütter- und Säuglingsfürsorge ein. Kindergärten, Kinderhorte, Kinderkrippen, Kinder- und Müttererholungsheime werden die Mütter vor Überlastung und ihre Kinder vor gesundheitlicher und seelischer Gefährdung schützen.

Der Wohnungsbau muß auf die Bedürfnisse eines gesunden Familienlebens Rücksicht nehmen und den Anforderungen rationeller Haushaltführung und neuzeitlicher Hygiene entsprechen. Bei Neubauvorhaben soll ein bestimmter Teil von Kleinstwohnungen für Alleinstehende vorgesehen werden.

Im Eherecht und in der Sozialgesetzgebung muß die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit bewertet werden. Bei Schwangerschaft, Krankheit und Kuraufenthalt der Hausfrau müssen Heimhilfen bereitgestellt werden. Die Einrichtung von Erziehungsberatungsstellen, vor allem im Interesse alleinstehender Mütter, sowie die Einrichtung kommunaler Eheberatungsstellen sind zu fördern.

Nur die Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms sichert den Bestand von Ehe und Familie und gewährt ihnen wirksamen Schutz.

Das Recht der Jugend

Die Jugend ist vom Kriege und seinen Folgen besonders schwer getroffen. Sie hat Anspruch auf Maßnahmen, die ihrer außergewöhnlichen geistigen und materiellen Not Rechnung tragen.

Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende Mindestforderungen erfüllen:

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Berufsnot

durch Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum;

durch Vermehrung der Berufsausbildungsmöglichkeiten für die männliche und weibliche Jugend in der öffentlichen und privaten Wirtschaft.

Schutz der arbeitenden Jugend

durch Verabschiedung eines Jugendarbeitsschutzgesetzes, in dem ausreichender Urlaub für Jugendliche gewährleistet wird;

durch ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz;

durch Erweiterung des Kündigungsschutzes unter Einbeziehung der Arbeitnehmer unter 20 Jahren;

durch Aufnahme der Lehrlinge in die Arbeitslosenversicherung.

Förderung des Gemeinschaftslebens

Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte zu stärken, werden ausreichende öffentliche Mittel bereitgestellt:

für die Arbeit der Jugendverbände,
für die politische Bildungsarbeit der Jugend,
für den internationalen Jugendaustausch,
für den Auf- und Ausbau von Jugendheimen,
für die Jugenderholung,
für Jugendwandern und für Jugendherbergen,
für die Förderung des Sports,
für die kulturellen Einrichtungen der Jugend,
für die Förderung des Jugendschrifttums.

Die deutsche Sozialdemokratie wird der jungen Generation mit der Durchführung dieses Programmes ihren Platz im Leben von Volk und Staat erkämpfen helfen. Sie wird bei Wahlen für die Aufstellung junger Kandidaten sorgen. Sie wird ihren ganzen Einfluß aufbieten, um in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben jüngeren Kräften ein größeres Maß an Einfluß und Verantwortung zu übertragen. Sie wird geeignete Nachwuchskräfte als Mitarbeiter verantwortlicher Persönlichkeiten berufen, um ihnen die Chance der Bewährung zu geben und der Ämterhäufung entgegenzuwirken.

Die junge Generation aber wird ihren Platz nur dann ausfüllen können, wenn sie ihre verantwortliche Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft erkennt und bereit ist, an ihrem eigenen Schicksal und ihrer Zukunft gestaltend mitzuarbeiten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft das deutsche Volk auf, sich für die in ihrem Aktionsprogramm niedergelegten Ziele einzusetzen. Von der Zustimmung des Volkes hängt die Verwirklichung dieses Programmes ab.

In ihrem Kampf läßt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von den Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus leiten, wie sie in der Erklärung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main am 3. Juli 1951 beschlossen wurden:

Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bibliothek Bonn

Organisationsplan 0,25 DM

Preis: 0,25 DM

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, 10. 52
Druck: Westfalendruck, Dortmund